



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Herrn
Dr. Matthias Miersch MdB
Deutscher Bundestag
11011 Berlin

Postaustausch

Katherina Reiche
Parlamentarische Staatssekretärin
Mitglied des Deutschen Bundestages

TEL. +49 3018 305-0
FAX +49 3018 305-4375

Katherina.Reiche@bmu.bund.de
www.bmu.de

Berlin, **17. Feb. 2011**

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Schriftlichen Fragen mit den Arbeitsnummern 2/108 und 2/109 vom 9. Februar 2011 (Eingang im Bundeskanzleramt am 10. Februar 2011) beantworte ich wie folgt:

Frage 2/108

Wie will die Bundesregierung angesichts der erhobenen Vorwürfe bei der Firma Envio in Dortmund sicherstellen, dass bei künftigen Exporten von belasteten Abfällen aus Kasachstan nach Deutschland Gesetze eingehalten werden und keine Gefährdung von Gesundheit und Umwelt stattfindet?

Antwort

Die Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften beim Umgang mit Abfällen, insbesondere mit gefährlichen Abfällen, gewährleistet den Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer, der Bevölkerung sowie der Umwelt. Die Umsetzung dieser Vorschriften und die Überwachung der danach gebotenen Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer und der Umwelt obliegen den



Seite 2

zuständigen Landesbehörden. Die Anlage der Firma ENVIO Recycling GmbH & CO. KG zur Behandlung von PCB-haltigen Abfällen in Dortmund wurde im Mai 2010 von der zuständigen Vollzugsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen stillgelegt. Ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet. Es ist Aufgabe der zuständigen Landesbehörden, auch unter Berücksichtigung der nunmehr gewonnenen Vollzugserfahrungen, sicherzustellen, dass künftig bei der Entsorgung von PCB-Abfällen die einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten werden. Die Bundesregierung hat insoweit keine Vollzugskompetenzen.

Frage 2/109

Will die Bundesrepublik Deutschland den Import schadstoffbelasteter Abfälle aus Kasachstan, bzw. dessen Entsorgung in Deutschland finanziell unterstützen und welche Summen sind dafür, u. a. in dem im Juli 2010 in Kasachstan vom Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen unterzeichneten ökologischen Aktionsprogramm, vorgesehen?

Antwort

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, den Import schadstoffbelasteter Abfälle aus Kasachstan bzw. dessen Entsorgung in Deutschland finanziell zu unterstützen.

Finanziert aus Mitteln der Globalen Umweltfazilität (GEF) werden in Kasachstan über UNDP als implementierende Institution Projekte durchgeführt zur umweltgerechten Entsorgung von persistenten organischen Schadstoffen gemäß Stockholmer Konvention vom 23. Mai 2001. Im Rahmen ihrer Beteiligung an der GEF unterstützt die Bundesregierung diese Aktivitäten. Die GEF und UNDP in Kasachstan wurden darauf hingewiesen, dass die Anlage



Seite 3

der Firma ENVIO Recycling GmbH & CO. KG in Dortmund aufgrund der Verletzung von Arbeitsschutz- und Umweltschutzvorschriften stillgelegt wurde.

In dem im Juli 2010 von Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen unterzeichneten ökologischen Aktionsprogramm ist keine finanzielle Unterstützung durch Deutschland vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Katherina Reiche

Katherina Reiche